

**Protokoll der Sitzung des JHA**  
**vom 01.12.2016 Zeit: 14:30 Uhr – 18:30 Uhr**

**Ort: Domkapitelsaal, Domkapitelhaus, Domsheide 8 - 28195 Bremen**

**Teilnehmer/-innen und Gäste:**

s. Anwesenheitsliste

**Vorsitz: Herr Barde**

**Protokoll: Herr Möller**

Bremen, den 02.01.2017

Herr Barde begrüßt Frau Görgü-Philipp(Fraktion Bündnis 90 / Grüne) als neues stellvertretendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

**TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen beschlossen.

Als neuer TOP 11 soll der Jugendbericht und unter TOP 12 Berichte der Verwaltung die Themen Beitragsordnung Kindertagesbetreuung und Ausbauplanung in der Kindertagesbetreuung behandelt werden.

**TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles**

Herr Fries teilt mit, die Planungsreserve müsse für den Bereich OJA nicht eingesetzt werden.

Herr Fries teilt ferner mit, dass alle Maßnahmen des Integrationskonzepts für den gesamten Zeitraum des Jahres 2017 bewilligt werden können.

### **TOP 3: Protokoll der Sitzung vom 04.08.2016**

Das Protokoll der Sitzung vom 03.11.2016 wird nachgereicht.

### **Top 4: Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII für die Stadtgemeinde Bremen „Verein Bürgerzentrum Neue Vahr e. V.“**

Frau Jutta Möller stellt den Träger und seine Angebote vor.

Frau Wagner merkt an, dass sich für die Ferienbetreuung von Kindern ab den Osterferien 2017 Auswirkungen in Gestalt von Veränderungen der Angebote und erfahren ergeben können.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Frau Möller, Frau Wagner

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen beschließt, den „Verein Bürgerzentrum Neue Vahr e. V.“ als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) für die Stadtgemeinde Bremen anzuerkennen.

### **TOP 5: Bericht über die Arbeits- und Personalsituation im ASD Junge Menschen des Amtes für Soziale Dienste**

Herr Diener führt in die Vorlage ein und erläutert besonders die zusätzlichen Schwierigkeiten bei der Personalakquise auf Grund des bestehenden Fachkräftemangels. Inzwischen hätten sich jedoch durch die Zusicherung der Übernahme von Sozialpädagog\*innen im Anerkennungsjahr (vorbehaltlich des Erlangens der staatlichen Anerkennung) und die Höhergruppierung in die Entgeltgruppe E 10 TVL positive Effekte in Bezug auf die Bewerbungslage gezeigt.

Im Verlauf der Erörterung wird allgemein der Verwaltung des Jugendamtes ausdrücklich für den offenen Bericht gedankt. Auch wenn er in Teilen besorgniserregend sei, eigne er sich keinesfalls für Dramatisierungen sondern müsse nunmehr Ausgangspunkt für weitere gründliche Analysen der Arbeits- und Personalsituation im ASD Junge Menschen sein. Es gelte im Anschluss die notwendigen Schlüsse zu ziehen und über die bereits veranlassten und zu begrüßenden Maßnahmen hinaus, Schritte für eine Verbesserung der Situation einzuleiten. Besonders unterstrichen wird, dass im Bereich des Kinderschutzes auch weiterhin festgehalten werden müsse, dass keine Lücken in Bezug auf die Maßnahmen zur Sicherung des Kindeswohls entstehen. Dem müsse auch in Bereichen wie adäquater, professioneller Falldokumentation, strukturierter Verfahren bei Zuständigkeitswechseln etc. Rechnung getragen werden. Seitens der Vertreterinnen und Vertreter der freien Träger wird ergänzend angemerkt, dass sich die Arbeitssituation im ASD Junge Menschen auch auf die Kooperationsschnittstellen zwischen öffentlichem und freien Trägern auswirkt, daher müssten auch Strukturfragen gestellt und diesbezügliche Vorschläge der freien Träger für die Verbesserung der Situation berücksichtigt werden. Es wird Verständnis dafür geäußert, dass es angesichts der dargelegten Arbeitssituation zu Verzögerungen im Verlauf der Umsetzung des Projekts zur Weiterentwicklung des Jugendamtes (JuWe) kommt, jedoch auch darauf hingewiesen, dass das Projekt nunmehr nicht abgebrochen werden sollte, da

es auch wichtige Aspekte der Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch bessere Strukturierung von Abläufen enthalte. Schließlich wird darum gebeten, die Berichterstattung zu Detailfragen wie zum Beispiel dem Aufkommen an Inobhutnahmen, der Anzahl von Überlastanzeigen etc. in den kommenden Sitzungen des JHA fortzusetzen und auch regelmäßig grundsätzlich über die Situation zu berichten. Herr Schmitt regt zudem an, Kennzahlen für die Unterstützung einer weiteren regelmäßigen Berichterstattung zu entwickeln. Ferner wird die Frage der strukturierten Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Frage des Fachkräftemangels wegen nicht ausreichender Ausbildungskapazitäten thematisiert. Der JHA spricht sich für eine adäquate Ausweitung der Ausbildungskapazitäten aus und fordert einen Schulterschluss aller Beteiligten, da neben dem öffentlichen Träger auch die freien Träger der Jugendhilfe in allen Handlungsfeldern sowie weitere Institutionen erheblichen Bedarf an Fachkräften der Sozialpädagogik / Sozialarbeit zu verzeichnen haben.

Herr Diener stellt auf Nachfrage klar, dass hinsichtlich der Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Jugendamt inzwischen zu regelgerechten Verfahren zurückkehren konnte und erläutert, dass es sich bei den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen im Anerkennungsjahr bereits um qualifiziertes Fachpersonal handelt, welches mit der staatlichen Anerkennung seine Berufsfähigkeit beweist.

Herr Fries hebt die Steigerung der Attraktivität der Arbeit und des Arbeitsplatzes im Ambulanten Sozialdienst Junge Menschen im Zuge der Umsetzung des Projekts zur Weiterentwicklung des Jugendamtes (JuWe) hervor und sieht darin auch Chancen für junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Beginn ihres Berufslebens strukturierte Arbeitsroutinen zu entwickeln. Sicherlich müsse angesichts der Arbeitssituation der Projektverlauf von JuWe verlangsamt werden, gleichzeitig gelte es aber Anstrengungen zu unternehmen, bessere Rahmenbedingungen für den Prozess zu schaffen. Er sagt zu, den nächsten Controllingbericht zum Projekt JuWe vor der Senatsbefassung dem JHA zur Erörterung vorzulegen.

Seitens der Vertreterinnen und Vertreter der freien Träger wird die Frage aufgeworfen, wie das Jugendamt und die Leitung des Jugendamtes im Ergebnis der Erörterung des vorliegenden Berichts entlastet und gestärkt werden können, welche Schlussfolgerungen und Zielformulierungen erforderlich seien, welche Fallzahlbelastung zumutbar sei und welche Initiativen in Bezug auf die Fachkräfteausbildung zu ergreifen seien. Diese Fragestellungen sollen im Verlauf der weiteren Berichterstattung und Erörterung weiter behandelt werden.

Frau Leonidakis erklärt sich einverstanden, die Behandlung eines zuvor von ihr eingebrachten Beschlussantrages, die Anwendung der PEP-Quote im Bereich des Jugendamtes zu beenden, auszusetzen und ihn in der nächsten Sitzung des JHA im Rahmen der weiteren Berichterstattung und Erörterung in den nächsten Sitzungen des JHA wieder aufzurufen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Herr Möhle, Frau Mumenthey, Frau Ahrens, Herr Diener, Frau Leonidakis, Herr Dr. Schlepper, Herr Schmitt, Herr Fries, Frau Hellbach, Frau Görgü-Philipp, Herr Barde,

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 6: Pflegekinderwesen in Bremen-Aktuelle Entwicklungen**

Der Tagesordnungspunkt wird aufgerufen und Frau Hellbach erläutert auf Nachfrage, dass die finanziellen Auswirkungen sowie Auswirkungen im Produktgruppenhaushalt im Rahmen der Haushaltseckwerte darzustellen sind und derzeit entsprechende Klärungen erfolgten.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Hellbach

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die geplante Verbesserung der Betreuungsschlüssel auf 1: 35 für die Leistungsbereiche der heilpädagogischen VZP, der (heilpädagogischen) Verwandtenpflege und der Unterbringung im sozialen Netz ab dem 01.01.2017 zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Weiterentwicklung des Pflegekinderwesens in Bezug auf die Flexibilisierung der Fachberatung.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 7: Bericht zur Teilevaluation des Handlungskonzeptes „Stopp der Jugendgewalt“**

- Herr Tappe führt in die Vorlage ein und teilt auf Nachfrage mit, diese sei durch das Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung durchgeführt worden, ein Link zur Gesamtfassung könne den Mitgliedern des JHA zugesandt werden. Bezüglich der Frage nach den Konsequenzen aus der Evaluation wird auf die Ressortübergreifende Lenkungsgruppe verwiesen, die sich fortwährend mit dieser Thematik befasst. Auf die Bitte Frau Leonidakis´ dem JHA die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ressort SJFIS bzw. dem AfSD und der Polizei Bremen zur Verfügung zu stellen, sagt Herr Diener dies für das 2. Quartal 2017 zu, da aktuell noch einige Kooperationsvereinbarungen überarbeitet würden. Auf die Frage nach der Anzahl durchgeführter behördenübergreifender Fallkonferenzen benennt Herr Tappe diese mit 14 und Frau Hellbach erläutert ergänzend die unterschiedlichen Formen von Fallkonferenzen, die jedoch angesichts funktionierender Regelsysteme als Ausnahmen und ultima ratio betrachtet werden müssten.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Herr Schmitt, Herr Edwards, Herr Tappe, Frau Hellbach, Frau Leonidakis, Herr Diener, Frau Görgü-Philipp,

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

## **TOP 8: Auswertung des Fachtags „Schwere Jungs oder Schwerfälligkeit der Hilfesysteme?“**

Der Tagesordnungspunkt wird aufgerufen. Frau Leonidakis dankt einleitend für den Bericht bzw. die Dokumentation über den Fachtag, dessen Initiator der Jugendhilfeausschuss gewesen sei und der nun entscheiden müsse, welche Schlussfolgerungen er aus den Ergebnissen ziehen wolle. Auf Nachfrage nach dem Sachstand zur Entwicklung des Kooperationspools und einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung, sagt Herr Diener einen diesbezüglichen Bericht spätestens in der Maisitzung des JHA zu. Herr Schmitt schildert, dass einzelne Module, wie der Kooperationspool, Formen aufsuchender Straßensozialarbeit, Aufbau einer niedrigschwelligen Einrichtung, Aufbau einer Einrichtung zur Haftvermeidung etc. sukzessive entwickelt würden und daher eine Einrichtung, die geschlossene Unterbringung vorsehe, aus Sicht der freien Träger der Jugendhilfe nicht als Mittel der Wahl erscheine. Auf Nachfrage nach dem aktuellen Sachstand des Aufbaus einer Einrichtung mit fakultativ geschlossener Unterbringung antwortet Frau Hellbach, derzeit erfolgten die bauvorbereitenden Prüfmaßnahmen sowie die Prüfung notwendiger Maßnahmen für die Baureifmachung. Angesichts des zu verzeichnenden Fachkräftemangels weist sie darauf hin, dass für die geplante Einrichtung 60 bis 80 erfahrene Fachkräfte als Startaufstellung erforderlich wären, um deren Betrieb abzusichern. Gleichzeitig müsse im Rahmen der Bedarfsermittlung festgestellt werden, dass sich inzwischen die Zielgruppe für die eine Unterbringung in einer derartigen Einrichtung als deutlich verkleinert darstelle. Im Rahmen der Kooperation mit dem Jugendvollzug der JVA im Zusammenhang mit Haftvermeidung habe sich zudem gezeigt, dass von dort die einsitzenden Jugendlichen überwiegend für die Unterbringung auch in einer Einrichtung mit fakultativ geschlossener Unterbringung als nicht geeignet angesehen würden.

Herr Möhle weist entgegennend auf den Senatsbeschluss sowie die Formulierungen der Kooperationsvereinbarung zur Errichtung einer Einrichtung mit fakultativ geschlossener Unterbringung hin. Herr Schmitt entgegnet für die freien Träger der Jugendhilfe, die weit überwiegende Mehrheit der Fachkräfte habe sich fachlich positioniert und bittet die jugendpolitisch Verantwortlichen, sich mit den Fachpositionen zu befassen, um gegebenenfalls zu neuen Erkenntnissen zu gelangen.

In der weiteren Debatte werden die Fragen bzw. Aussagen Herrn Andreas Hilligers im Rahmen des Fachtages: „Ist der Auftrag, den diese Einrichtung erfüllen soll, im fachlich-pädagogischen Sinne hinreichend präzise formuliert und man muss sagen, was eine solche Einrichtung leisten kann und was sie nicht schaffen kann, wo sie also mit falschen Erwartungen verknüpft wird.“ sowie „Die Politik sollte gebeten werden, Ihren Auftrag zu Planung einer Geschlossenen Jugendhilfeeinrichtung zu präzisieren; z.B. Welche Vorstellung besteht hinsichtlich der Frage der Fluchtsicherheit etc.“ hervorgehoben und als hilfreich betont, um zu abgewogenen Entscheidungen bezüglich der Errichtung einer derartigen Einrichtung zu gelangen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Leonidakis, Herr Barde, Herr Diener, Herr Schmitt, Frau Görgü-Philipp, Frau Hellbach, Herr Möhle, Frau Ahrens

Beschluss:

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 9: Verteilung der investiven Mittel für öffentliche Spielplätze**

Frau Frank führt in die Vorlage ein und erläutert die dort dargestellte Abarbeitung gemäß der Beschlusslagen des JHA. Bezüglich aufgeworfener sozialraumbezogener Detailfragen empfiehlt sie bilaterale Klärungen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag zu, die im Haushalt 2017 für Spielflächen zur Verfügung stehenden investiven Mittel im Umfang von 75.000 € für den Förderfonds der Gemeinschaftsaktion „Spielräume schaffen“ einzusetzen.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag zu, die im Haushalt 2016 für Spielflächen zur Verfügung stehenden investiven Mittel gemäß der in der Anlage dargestellten Verteilung einzusetzen.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 10: Umsetzung des Integrationskonzeptes in der offenen Jugendarbeit der Stadtgemeinde Bremen**

Der Tagesordnungspunkt wird aufgerufen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: ./.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den vorgeschlagenen fachlichen Schwerpunktsetzungen sowie der in der Anlage dargestellten Verteilung von Mitteln aus dem Integrationsbudget für die offene Jugendarbeit auf die Stadtteile vorbehaltlich der Freigabe durch den Haushalts- und Finanzausschuss zu.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 11: Jugendbericht**

Es wird einvernehmlich festgestellt, dass es sich um einen kommunalen Jugendbericht für die Stadtgemeinde Bremen handeln soll. Da hierzu eine landesrechtliche Regelung besteht, muss dies im LJHA zumindest thematisiert werden.

Frau Frank teilt mit, es gebe unterschiedliche Rückmeldungen, aus denen sich kein eindeutiges Votum der stimmberechtigten Mitglieder des JHA ableiten und im Ergebnis keine entscheidungsreife Vorlage erstellen lässt. Seitens der LAG sowie aus Bremerhaven liege der Verwaltung kein Votum vor.

Das Thema wird in der nächsten Sitzung des JHA erneut aufgerufen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Herr Schmitt, Herr Barde, Frau Frank

Beschluss:

Die stimmberechtigten Mitglieder werden sich zu dem von den Vertreterinnen und Vertretern der Koalitionsfraktionen unterbreiteten Vorschlag äußern.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 9: Berichte der Verwaltung:**

- **Präzisierung der Richtlinien für die Förderung der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen**

Frau Frank verweist darauf, dass die Richtlinie die Umsetzung des per mehrheitlichem Votum beschlossenen Rahmenkonzeptes darstellt, in dem auch die Kernzielgruppe beschrieben wird. Ausnahmen zu den dort hinsichtlich der Altergrenzen formulierten Grundsätzen und die Förderung von Angeboten für Jüngere sind jedoch durchaus möglich, wenn dieses von den Controllingausschüssen in den Stadtteilen als adäquat und erforderlich angesehen wird.

Im Verlauf der Diskussion wird eine präzisierende Interpretation der Richtlinien für den JHA und die Beteiligten in den Controllingausschüssen für erforderlich gehalten und von Frau Frank zugesagt.

- **Beitragsordnung Kindertagesbetreuung**

Herr Jablonski schildert die Ausgangslage auch auf der Basis der Beschlussfassung durch den JHA. Frau Pile erläutert die Schlussfolgerungen, die aus der dem JHA nunmehr zugeleiteten Fassung der Beitragsordnung ersichtlich sind.

Im Verlauf der Erörterung wird Kritik an den finanzpolitischen Vorgaben sowie der Diskussion Brutto- oder Nettoeinkommen für die Beitragsbemessung zu Grunde zu legen geäußert sowie die Beitragsfreiheit und eine zentrale Beitragserhebung vorgeschlagen. Auf Nachfrage zu unterschiedlichen Beträgen bezüglich der ausgewiesenen Mindereinnahmen weist Herr Jablonski auf Grenzen der Zuordnung von Geschwisterrabatten hin, die bei den Berechnungen zu Unklarheiten führen könnten, ferner erläutert er auf Fragen hinsichtlich der festgelegten Grenzen bei höheren Einkommen, dass auf die weitere Berücksichtigung ganz hoher Einkommen verzichtet wurde, da auf Grund der geringen Zahl dieser Einkommensgruppe an Nutzern von Angeboten der Kindertagesbetreuung keine größeren Effekte zu erwarten gewesen seien.

- **Ausbauplanung Kindertagesbetreuung**

Herr Jablonski erläutert die dem JHA zugesandten Unterlagen über die Ausbauplanung und hebt besonders die Unterstützung des Senats für das Vorhaben des Ausbaus der Kindertagesbetreuung positiv hervor.

Nach Hinweis auf die hohe Anzahl von unversorgten Kindern bzw. Kinder auf Wartelisten erklärt Herr Jablonski die Methoden der Erstellung der Prognosen hinsichtlich der Entwicklung der Bedarfslagen und erläutert die Planungen hinsichtlich der Errichtung von Interimsbauten.

## **TOP 10: Verschiedenes**

Keine Themen.

für das Protokoll:

---

Arnd Möller